

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit  
und Soziales  
über  
den Vorsitzenden des Hauptausschusses  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin  
über  
Senatskanzlei - G Sen -

1059

**Einzelplan 11 - Gesundheit und Soziales  
Kapitel 1110 (Gesundheit)**

**Berichterstattung zur 2. Lesung des Entwurfs des Doppelhaushaltes 2014/2015**

**Titel 54010 - Dienstleistungen**

**Rote Nummer**

**Vorgang:** 25. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19.08.2013  
(Ifd. Nr. 60 der Synopsis)

**Ansätze (tabellarisch) zu allen thematisierten Titeln, und zwar für das**

Haushaltsjahr 2012:	456.000,00 €
Haushaltsjahr 2013:	377.000,00 €
Haushaltsplanentwurf 2014:	1.073.000,00 €
Haushaltsplanentwurf 2015:	1.054.000,00 €
Ist Haushaltsjahr 2011:	349.436,72 €
Ist Haushaltsjahr 2012:	426.278,67 €
Verfügungsbeschränkungen:	0 €
aktuelles Ist (20.08.2013):	139.655,85 €

**Gesamtkosten:** entfällt

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der geplanten Dienstleistungen (inkl. inhaltlicher Ausrichtung und Zielsetzung). Wir bitten um eine Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben in 2012 und 2013 nach derselben Gliederung.

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Eine detaillierte Aufstellung der geplanten Dienstleistungen einschließlich Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben 2012 und zum 30.06.2013 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Ist 2012 (426.278,67)	Ist 30.06.2013 (62.426,28)	Ansatz 2014 (1.073.000,-)	Ansatz 2015 (1.054.000,-)
1. Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich der Drogen- und Suchthilfe	156.996,07	25.633,76	120.000,-	120.000,-
2. Forensisch-Therapeutische Ambulanz	0,00	0,00	437.500,-	449.000,-
3. Dienstleistungen im Bereich Gesundheitswirtschaft	0,00	0,00	7.430,-	0,-
4. Dienstleistungen im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz	6.740,58	3.333,33	10.000,-	20.000,-
5. Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung	126.856,96	0,00	126.860,-	131.310,-
6. Einlegeblatt für den Mutterpass	877,66	589,05	900,-	900,-
7. Umsetzung des Rahmen- und Entwicklungskonzeptes zur Prävention von HIV/AIDS, sexuell übertragbaren Infektionen und Hepatitiden sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit HIV/AIDS	48.716,04	23.305,00	30.000,-	10.000,-
8. Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen	0,00	0,00	300.000,-	300.000,-
9. Dienstleistungen in den Bereichen Infektions- und Katastrophenschutz	37.753,56	3.948,34	40.000,-	22.000,-
Gutachten zum Krankenhaus des Maßregelvollzugs	48.337,80	5.616,80	0,-	0,-

zu 1.

Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich der Drogen- und Suchthilfe

2014 und 2015 sind folgende Dienstleistungen vorgesehen:

- Drogenkontrolluntersuchungen
- Dokumentation der ambulanten und stationären Suchthilfe
- Unterstützung Datendokumentation
- 50 %- Kofinanzierung aus Landesmitteln für die Beauftragung eines externen Dienstleisters zum Geschäftsbesorger als Treuhänder Berlins zur Planung und Realisierung von ESF-Maßnahmen
- Netzwerk Frühintervention
- Wissenschaftliche Begleitung der Implementierung der diamorphingestützten Behandlung Opiatabhängiger

Diese Dienstleistungen haben folgende inhaltliche Ausrichtung und dienen folgender Zielsetzungen:

- Reduzierung des Konsums, insbesondere des schädlichen Konsums psychoaktiver Substanzen in der Bevölkerung und insbesondere bei Risikogruppen
- Reduzierung bzw. Vermeidung des Glücksspielverhaltens
- Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung durch Aufklärung (Suchtprävention) und Sicherung eines angemessenen Hilfeangebotes auf der Grundlage von Planungsdaten (u.a. Suchthilfestatistik, Sucht-Survey, ESPAD-Studie)
- Aufrechterhaltung und Verbesserung des Hilfe- und Behandlungssystems unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Problemlagen der Suchtmittel- und Glücksspielabhängigen
- Entwicklung von Präventions- und Ausstiegsprogrammen

## zu 2.:

### Forensisch-Therapeutische Ambulanz (FTA)

Die FTA stellt eine fachlich versierte Nachbetreuung entlassener Straffälliger aus dem Berliner Justizvollzug – vorrangig der sozialtherapeutischen Einrichtungen – und entlassener Patienten des Krankenhauses des Maßregelvollzuges Berlin (KMV) sicher, mit dem Ziel, deren im Straf- oder Maßregelvollzug erfolgte Behandlung fortzuführen oder zu ergänzen. Ausschließliche Zielgruppe sind hier besonders gefährliche Gewaltstraftäter und Sexualstraftäter. Seit dem 1. Juli 2009 ist die FTA fachlich und organisatorisch an das Institut für Forensische Psychiatrie der Charité – Universitätsmedizin Berlin angeschlossen.

Die FTA erfüllt die durch den Bundesgesetzgeber im Rahmen des „Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherungsverwahrung vom 13. April 2007 (BGBl. I S. 513)“ gestellten gesetzlichen Anforderungen, forensische Ambulanzen für die psychiatrische, psychotherapeutische und sozialtherapeutische Nachsorge entlassener Maßregelvollzugspatienten und Strafgefangene in den rechtlichen Regelungen der Führungsaufsicht zu schaffen.

Der Senat sieht mit der ambulanten Versorgung psychisch kranker Rechtsbrecher, insbesondere mit der FTA der Charité und der zusätzlich nun beabsichtigten Gründung einer am KMV angesiedelten Ambulanz, ein wichtiges Instrument kriminalpräventiver Maßnahmen zum Schutz der Berliner und Berlinerinnen. Mit der Stärkung des ambulanten Behandlungsangebotes soll zudem eine recht- bzw. frühzeitigere Entlassung erreicht und so eine Kostenersparnis für das KMV bewirkt werden. Auf den gesonderten Bericht über die Forensisch-Therapeutische Ambulanz (vgl. Nr. 62 der Synopsis) wird verwiesen.

## zu 3.

### Dienstleistungen im Bereich Gesundheitswirtschaft

Da es sich nach erfolgter Prüfung aus Zeit- und Kostengründen als vorteilhaft erwies, das Projekt „Gläserne Manufaktur der Gesundheitswirtschaft“ (späterer Arbeitstitel: „Schaufenster der Gesundheit im 21. Jahrhundert“) über eine Zuwendung an die TSB Innovationsagentur GmbH zu finanzieren und umzusetzen wurde 2012 entschieden, die unter dem Titel 540 10 eingestellten Mittel für Gesundheitswirtschaft nicht für Dienstleistungen zu verausgaben. Der TSB GmbH obliegt in Federführung das Clustermanagement des Clusters Gesundheitswirtschaft im Rahmen der Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg. Die Mittel wurden daher zum großen Teil in den Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – umgebucht. Das spiegelt sich auch in der Ansatzbildung für den Haushaltsplan 2014/15 wider.

Der im Titel 54010 verbleibende Ansatz von 7.430 € für 2014 dient der Sicherstellung der landesseitigen Kofinanzierung eines bezirklichen Gesundheitswirtschaftsprojektes.

## zu 4.

### Dienstleistungen im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz

In 2014 und 2015 ist die Bearbeitung von Evaluationsfragestellungen zur Qualitätsentwicklung

- im Bereich der Dienstleistungserbringung für die LGK / Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung
- im Bereich „Kita und Gesundheit“ geplant.

Die Ergebnisse der Evaluation sollen der Weiterentwicklung der Landesgesundheitskonferenz und deren Gesundheitszielprozessen dienen.

#### zu 5.

##### Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung

Die Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung ist die Geschäftsstelle der Landesgesundheitskonferenz (LGK) und unterstützt damit deren Arbeit. Sie unterstützt und begleitet die Gesundheitszielprozesse und deren Monitoring und koordiniert die präventiven Aktivitäten.

Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist, durch Prävention und Gesundheitsförderung die Gesundheit und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dies gilt besonders für Menschen in schwierigen Lebenssituationen.

#### zu 6.

##### Einlegeblatt für den Mutterpass

Ziel ist, mit dem Einlegeblatt zum Mutterpass Schwangeren/jungen Müttern/Familien, die sich in prekären Lebenssituationen befinden bzw. Gefahr laufen, in prekäre Lebenssituationen zu geraten, möglichst frühzeitig Hilfeangebote zu unterbreiten. Um dies zu ermöglichen, enthält das Einlegeblatt für den Mutterpass soziale und familiäre Informationen über die aktuelle Situation der Schwangeren/jungen Mütter/Familien, die aus dem Mutterpass (ohne Einlegeblatt) nicht abgeleitet werden können.

Diese Maßnahme dient vor allem dem gesundheitlichen Kinderschutz, da das Risiko für Kinder, Opfer einer Vernachlässigung oder Misshandlung zu werden, gesenkt werden kann. Das Ausfüllen des Einlegeblattes erfolgt allerdings nur mit Einverständnis der Frau und diese entscheidet auch, ob ein weiterer Betreuer (Beratungsstelle für Schwangere, Gynäkologie, Geburtsklinik etc.) Einsicht in diesen Bogen erhält.

#### zu 7.

##### Umsetzung des Rahmen- und Entwicklungskonzeptes zur Prävention von HIV/AIDS, sexuell übertragbaren Infektionen und Hepatitiden sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit HIV/AIDS

Maßnahmen pro Themengruppe:

##### **Themengruppe „Prävention bei/mit Männern, die Sex mit Männern haben“**

- Einrichtung eines „Checkpoints“ für schwule Männer („One-Stop-Agency“ für qualitätsgesicherte Gesundheitsförderung und –versorgung) mit Vorhaltung von Testangeboten bezüglich HIV und STI

Inhaltliche Ausrichtung:

Gemeint ist die Etablierung einer Einrichtung als niedrighschwelliger Ort für integrierte Gesundheitsförderung und –versorgung. Es ist sinnvoll, diesen Checkpoint bei einem bereits bestehenden Träger anzusiedeln bzw. für diesen die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Unabdingbare Voraussetzung für die Etablierung eines solchen Checkpoints ist die Einbindung eines medizinischen Angebots; die Einführung eines Testangebots wäre hierfür der erste Schritt. Das Testangebot sollte in Kooperation unterschiedlicher Träger vorgehalten werden analog der derzeit noch über Mittel der Stiftung DKLB finanzierten trägerübergreifenden Berliner Testkampagne zu HIV/Aids, Syphilis und Hepatitis C.

Zielsetzung:

Gewährleistung der Kontinuität in der Versorgungskette mit Basisangeboten wie Bereitstellung von Informationen, Beratung/Clearing sowie medizinische Diagnostik und ggf. Therapie; darüber hinaus Vorhalten spezieller Angebote wie z.B. Rechtsberatung und Sozialberatung

- Stärkung der primärpräventiven Vor-Ort-Arbeit mittels personalkommunikativer Ansätze und medialer Materialien

Inhaltliche Ausrichtung:

Verglichen mit anderen deutschen Großstädten mit einer schwulen Subkultur werden in Berlin für die primärpräventive Vor-Ort-Arbeit bezüglich MSM zum Teil deutlich weniger Fördermittel bereitgestellt. Ein Konzept des in Trägerschaft der Schwulenberatung Berlin befindlichen Projekts ‚manCheck‘ zur Stärkung der primärpräventiven aufsuchenden Arbeit liegt bereits vor. Die Anbindung an einen Checkpoint wäre zu prüfen.

Zielsetzung:

Ziel der Dienstleistung ist es, den veränderten Bedingungen in Berlin als schwuler Metropole Europas Rechnung zu tragen.

### **Themengruppe „Prävention mit Frauen und transidenten Menschen in der Prostitution“**

- Erarbeitung von Mindeststandards für Betriebsstätten sexueller Dienstleistungen

Inhaltliche Ausrichtung:

Das Thema wird seit Mai letzten Jahres in einer aus der Themengruppe erwachsenen Arbeitsgruppe behandelt. Beteiligt sind die SenGS, SenAIF, die Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, die Deutsche AIDS-Hilfe, Hydra e.V. sowie verschiedene Betriebe, in denen sexuelle Dienstleistungen angeboten werden. Es geht darum, verbindliche Standards bezüglich Sicherheit, Hygiene etc. für Betriebe festzulegen.

Zielsetzung:

Erreichung von guten und fairen Arbeitsbedingungen für Sexarbeiterinnen in Betrieben und deren Kundschaft

- Freierarbeit: Kampagne zum Perspektivwechsel bezüglich Freier sowie auch sich prostituierender Frauen/Trans-Frauen initiieren

Inhaltliche Ausrichtung:

Es geht darum, wertschätzende/respektvolle und gewaltfreie Botschaften im Umgang miteinander zu kommunizieren (mittels Plakaten, Postkarten und möglicherweise „Berliner Fenster“ in der U-Bahn). Zur Initiierung einer solchen Kampagne wären alle oben genannten Beteiligten gefragt (ggf. ausgenommen Betreiber und Betreiberinnen); darüber hinaus sollten auch (Trans)Frauen, welche in der Prostitution arbeiten, einbezogen werden, um den partizipativen Prozess nach Abschluss der Themengruppen fortzusetzen.

Zielsetzung:

Erreichung eines besseren Verständnisses für die Arbeit von Prostituierten und ihrer Klientel sowie eines besseren Umgangs von Freiern mit Sexarbeiterinnen

### **Themengruppe „Prävention in Haft“**

- Präventionsmaßnahmen in allen Berliner JVA unter Berücksichtigung der Spezifika der jeweiligen Inhaftiertengruppe

Inhaltliche Ausrichtung:

Angedacht ist folgendes und wurde bereits mit der SenJustV abgestimmt:

- regelmäßig stattfindende trägerübergreifende Informationsveranstaltungen für Inhaftierte mit dem Schwerpunkt „Gesundheit“
- Erstellung einer Infomappe zu gesundheitlichen Themen (keine Loseblattsammlung)
- Ausbau des Fortbildungsangebotes für JVA-Bedienstete
- Sicherstellung des Zugangs zu „Safer-sex“-Utensilien für Inhaftierte

Zielsetzung:

Vermeidung bzw. Verringerung von HIV-, Hepatitis C- und sexuell übertragbaren Infektionen in Haft als besonders vulnerablem Setting

### **Themengruppe „Beratung, Versorgung und ergänzende Pflege für Menschen mit HIV/Aids sowie ggf. Hepatitiden und Drogenproblemen“**

- Infopaket für Flüchtlinge

Inhaltliche Ausrichtung:

Flüchtlinge als spezielle Zielgruppe sollten bei ihrer Ankunft in einer Einrichtung ein Paket bzw. eine Mappe mit Infomaterialien über Träger und ihre Angebote erhalten.

Diese Maßnahme sollte in Abstimmung und Kooperation mit dem Träger VIA Berlin-Brandenburg e.V. erfolgen.

Zielsetzung:

Gesundheitsförderung und Infektionsvermeidung bei Flüchtlingen als besonders vulnerabler Zielgruppe

- Verbesserung des Entlassungsmanagements bei Kliniken

Inhaltliche Ausrichtung:

Von verschiedenen Seiten wurde das Entlassungsmanagement in Kliniken beanstandet, so dass hier Abhilfe geschaffen werden soll. Einige Stichpunkte hierzu sind die Mitgabe eines Arztbriefes und von ausreichend Medikamenten über das Wochenende sowie Informationen für eine weitergehende Beratung und Betreuung durch Ämter oder freie Träger nach Entlassung. Wichtig ist hier die Kontaktaufnahme mit und Einbeziehung von Patientenführer(inne)n sowie Qualitätsbeauftragten in Kliniken (vor allem AVK und Charité).

Zielsetzung:

Gewährleistung eines reibungslosen und störungsfreien Ablaufs der Entlassung von Betroffenen nach stationären Aufenthalten in Kliniken

- Arbeit: gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit mit niedrigschwelligen Materialien und im Internet

Inhaltliche Ausrichtung:

Hier geht es vor allem um die Initiierung einer Kampagne zu HIV und Arbeit, um Menschen mit HIV/Aids wieder ins Erwerbsleben zu integrieren und möglichen Stigmatisierungen entgegenzuwirken. Eine solche Kampagne muss folgendes beinhalten:

- verstärkte Aufklärung und Information von Job-Centern und Arbeitsagenturen bezüglich eines aktuellen und realitätsgetreuen Bildes von Aids als chronischer Krankheit
- freie Träger mit Beratungsangeboten zu HIV und Aids als kompetente Ansprechpartner für Fragen rund um den Arbeitsmarkt für die Betroffenen
- grundsätzlich sollte HIV-/Aidsberatung möglichst alle Facetten um Berufstätigkeit und Beschäftigung bei HIV-Infektion abdecken → von persönlichen Krisen nach der Diagnose bis hin zu konkreten arbeitsrechtlichen Fragen
- bei Langzeitarbeitslosen mit einer bereits länger bekannten Diagnose: gezielte Förderung und diskriminierungsfreie Haltung in Form von Qualifizierungsmaßnahmen sowie Beratung und Coaching zur Reintegration ins Arbeitsleben → wichtig: Berücksichtigung von individuellen Vermittlungsschwierigkeiten und gesundheitliche Einschränkungen der Betroffenen
- Vernetzung mit anderen Akteuren der Arbeitsförderung
- Wiederaufleben eines Informations- und Aufklärungsangebots für Arbeitgebende, Gewerkschaften und Interessenverbände am Arbeitsmarkt

Die Beteiligung der SenAIF sowie der Jobcenter und Arbeitsagenturen ist unabdingbare Voraussetzung für eine solche Aufklärungskampagne, die auch in der

Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist. Für die Kampagne sind für 2014 Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € angemeldet worden.

Zielsetzung:

(Re-)Integration von HIV-infizierten Menschen auf den Arbeitsmarkt sowie Entgegenwirken von Diskriminierung

### **Themengruppe „Sexuelle Gesundheit und Suchtprävention in Bildungs- und Jugendarbeit**

- Sexualpädagogik (für den schulischen Bereich): Erstellung eines Kompendiums mit Modulen für sexualpädagogische Interventionen

Inhaltliche Ausrichtung:

Das Kompendium soll sowohl mögliche schulinterne Maßnahmen beinhalten als auch außerschulische Interventionen wie Großveranstaltungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (z.B. Jugendfilmtage). Des Weiteren geht es darum, eine Übersicht der sexualpädagogisch arbeitenden Träger in Berlin zu erstellen, um deren Angebote bekannter zu machen.

Zielsetzung:

Stärkere Verankerung der Themen „Sexuelle Gesundheit“ und „Suchtprävention in den schulischen Kontext

- Integrationskurse: Versendung einer Bedarfsabfrage über LIGA-Verbände und/oder direkt an Anbieter(innen) von Kursen

Inhaltliche Ausrichtung:

Ein diesbezüglicher Fragebogen wurde in der Themengruppe bereits entwickelt und von der LABAHS-Netzwerkstelle an Kursanbieter(innen) versandt. Da die Resonanz jedoch recht zurückhaltend war, wäre zu überprüfen, inwieweit eine Internetabfrage möglich wäre, wodurch auch die Anonymität der Teilnehmenden besser gewahrt werden könnte.

Zielsetzung:

Gesundheitsförderung von Migrant(inn)en als besonders vulnerabler Zielgruppe

### **Themengruppe „Prävention mit Menschen, die injizierbare Drogen konsumieren**

Hinsichtlich dieser Themengruppe sind keine konkreten Maßnahmen zu benennen. In der Themengruppe herrschte jedoch Konsens darüber, dass politische Rahmenbedingungen für HIV- und für die Suchtprävention geschaffen werden müssen. Themen sind hier z.B. die Wiedereinführung des Sprizttauschs in Haft sowie eine Diskussion bezüglich der Platzverweisungen von drogenkonsumierenden Menschen. Diese Themen sind nur in enger Abstimmung mit SenJustV und SenInnSport zu bearbeiten.

### **Themengruppe „Prävention bei/mit Migrant(inn)en“**

Die nachstehend genannten Ergebnisse dieser Themengruppe sind bereits in die Arbeit der anderen Themengruppen eingeflossen:

- Erstellung einer Liste von Qualitätskriterien für die Arbeit mit Migrant(inn)en unter besonderer Berücksichtigung des Kriteriums „Partizipation“
  - Erstellung einer Checkliste zu wünschenswerten Merkmalen von Multiplikator(inn)en
- Noch zu klären ist die Frage, inwieweit die erstellten Listen in die Förderpraxis der SenGS integriert werden kann.

#### zu 8.

##### Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen

Es handelt sich um eine Maßnahme des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma. Hauptzielgruppe sind daher nicht krankenversicherte neuzugezogene Roma insbesondere aus Rumänien und Bulgarien. Die Maßnahmen des Aktionsplans Roma stehen jedoch auch anderen schwangeren Migrantinnen in vergleichbaren Bedürfnislagen offen.

Aus dem Notfallfonds können nur die Geburten selbst finanziert werden, nicht aber Vor- und Nachsorgeleistungen, auch nicht eventuell notwendig werdende längere stationäre Aufenthalte. Die Mittel werden direkt an die jeweiligen Geburtskliniken ausgereicht, die Bedürftigkeit und die Abklärung eventuell anderer bestehender Ansprüche obliegt den jeweiligen Beratungsstellen, die ohnehin mit den Frauen Kontakt haben und bei denen die dafür notwendige sozialrechtliche Kompetenz vorgehalten wird.

Der Notfallfonds soll bereitgestellt werden für die Fälle, in denen es nicht gelingt, reguläre Hilfe zu erreichen, so dass die Schwangere rechtzeitig vor der Geburt zur Entbindung ins Krankenhaus gehen kann. Auf den gesonderten Bericht über den Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen (vgl. Nr. 67 der Synopsis) wird verwiesen

#### zu 9.

##### Dienstleistungen in den Bereichen Infektions- und Katastrophenschutz

2014 und 2015 sind folgende Dienstleistungen vorgesehen:

- Betreuung der Verletzten-Dekon  
Für die Sicherstellung der Dekontamination von Verletzten bei atomaren, biologischen und chemischen Gefahrenlagen wurden mobile Zeltausstattungen angeschafft. Hiermit werden Dekontaminationstrainings in den drei ausgewählten Kliniken durchgeführt. Die Wartung und Pflege der Zelte (Transport, Trocknung, Nachbereitung und Verpacken etc.) werden von der DLRG auf Grund eines Betreuungsvertrages durchgeführt.
- ABC-Schulungen  
Die Hilfsorganisation Deutsche Leben-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) unterstützt auf Grund einer vertraglichen Regelung bei der Schulung und Fortbildung in den Kliniken, bei der Schulung der Task Force des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Infektionstransportes der Bundeswehr.
- Geräte – Wartung (Gebläse Persönliche Schutzausstattung (PSA); Geräte im Sanitätsmittellager)  
Die für das Gesundheitswesen in Berlin beschafften Gebläse für die Schutzausstattungen unterliegen sehr speziellen gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Regeln (GBR 190). Die eingesetzten Gebläse der PSA in den Rettungsstellen und in den Gesundheitsämtern müssen alle zwei Jahre (2012 und 2014), die in der Sonderisolierstation – auf Grund des regelmäßigen Übungs-Einsatzes – jedes Jahr gewartet werden. Ferner unterliegen die Klimaanlage sowie der Gabelstapler im Sanitätsmittellager regelmäßiger Wartungspflichten.
- Trinkwasserproben  
Im Rahmen der TrinkwasserVO und entsprechend der Vorgaben der zuständigen Gesundheitsämter müssen bei dem Einsatz von Wasser für den menschlichen Gebrauch (in unserem Fall für das Abwaschen von Verletzten, die mit atomaren, chemischen oder biologischen Gefahrstoffen kontaminiert sind = „Verletzten-Dekon“) regelmäßig Wasserproben gezogen und untersucht werden. Unsere Dekontaminationseinrichtungen unterliegen der TrinkwasserVO, daher entstehen Kosten für die entsprechenden Proben.
- Sentinel-Untersuchungen zur Durchimpfung der Berliner Bevölkerung  
Beim Auftreten von infektiologischen Gesundheitsgefahren kann es erforderlich sein, anhand von Blutuntersuchungen die Verbreitung einer Krankheit in der Bevölkerung zu untersuchen. Die Ermächtigung zur Durchführung von Sentinel-Erhebungen durch die obersten Landesgesundheitsbehörden ergibt sich aus § 14 des Infektionsschutzgesetzes.



- Transport- und Umräumarbeiten im Sanitätsmittellager  
Im Zuge von Neubeschaffungen und Wälzungsarbeiten im Sanitätsmittellager sind Transportarbeiten zu beauftragen.

Mario C z a j a  
Senator für Gesundheit  
und Soziales